

20 Jahre Verantwortung
übernehmen im Norden

KURS HALTEN IM NORDEN?

Strategien
gegen Rechts-
extremismus in
der Diskussion

Online

5. November 2021
10 bis 15 Uhr

www.verantwortung2021.de

Programm

10.00 UHR **BEGRÜSSUNG**

10.15 UHR **IMPULSVORTRÄGE**

Populär | Extrem

Andreas Speit, Journalist, Hamburg

Stadt | Land

Lan Böhm, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin

Online | Analog

Karolin Schwarz, Journalistin, Berlin

12.00 UHR **PAUSE**

12.45 UHR **AUSTAUSCHFOREN**

14.00 UHR | **ABSCHLUSSVORTRAG**

Wie „extrem“ ist Extremismus? Logiken von Polarisierung und die Vermessung des demokratischen Spektrums in einer komplizierten Gesellschaft

Dr. Mark Tekessidis, Publizist und Migrationsforscher, Berlin

15.00 UHR | **VERANSTALTUNGSENDE**

Moderation

Dr. Gudrun Heinrich, Rostock

Technische Umsetzung

Medienagentur Fulmidas, Berlin

Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird online über die Plattform Zoom durchgeführt.

Anmeldung bis 4.11.2021 auf
www.verantwortung2021.de

Der Kooperationsverbund „Verantwortung übernehmen im Norden“ wurde vor 20 Jahren ins Leben gerufen und setzt sich in Fachtagungen regelmäßig mit den Themen **Rechtsextremismus** und **Demokratiestärkung** auseinander. Der Verbund umfasst **Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein**, vertreten sind darin **Landespräventionsräte**, die **Landes-Demokratiezentren** bzw. **Landeskoordinierungsstellen** und der **DGB Nord**.

2021 wollen wir Bilanz ziehen und zwei Jahrzehnte Zusammenarbeit der Partner*innen in den **fünf nord-deutschen Bundesländern** in den Fokus nehmen: Welche Impulse gingen von den Veranstaltungen aus? Was hat sich in der Auseinandersetzung mit rechts-extremistischen Phänomenen verändert? Wo liegen Potenziale für die weitere Entwicklung?

In drei Impulsvorträgen werden **Andreas Speit, Lan Böhm und Karolin Schwarz** unterschiedliche Aspekte und Herausforderungen der Rechtsextremismusprävention vorstellen. In **acht parallel stattfindenden Austauschforen** haben die Teilnehmenden anschließend Gelegenheit, verschiedene Bereiche zu vertiefen und zu reflektieren. Im Abschlussvortrag wird **Dr. Mark Tekessidis** Perspektiven und Handlungsoptionen für die **Weiterentwicklung der Rechtsextremismusprävention** aufzeigen.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die durch demokratie-, menschen- oder verfassungsfeindliche Äußerungen oder Handlungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu unseren Veranstaltungen zu verwehren oder sie von diesen auszuschließen. Hierzu zählen insbesondere Personen, die neonazistischen oder extrem rechten oder sonst extremistischen Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten oder sonst einer extremistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische, sexistische, homosexuellen- oder transfeindliche Äußerungen oder Handlungen in Erscheinung getreten sind.

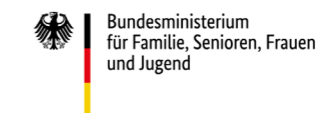
Kontakt

Katrin Benkenstein
Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern
Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz
Jägerweg 2
19053 Schwerin
E-Mail: k.benkenstein@lpb.mv-regierung.de
www.lpb-mv.de
www.beratungsnetzwerk-mv.de

Der Fachtag findet im Rahmen der seit 2000 regelmäßig veranstalteten Reihe des Kooperationsverbundes „Verantwortung übernehmen im Norden – Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ statt.



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Austauschforen:

1. Dynamiken im Beratungsfeld Rechtsextremismus und Förderung demokratischer Kultur

In den letzten 20 Jahren hat sich Mobile Beratung bundesweit als kompetentes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Engagierte und Verantwortliche etabliert. Dabei sehen und sahen sich die Teams auch im Norden immer wieder mit sehr dynamischen Entwicklungen – sowohl der gesellschaftlichen Debatte wie auch extrem rechter Strategien und auch ihrer eigenen Strukturen – konfrontiert. Im Forum sollen Schlaglichter dieser Entwicklung deutlich gemacht und ein Blick auf zukünftige Herausforderungen für eine demokratische Zivilgesellschaft geworfen werden.

Referent: Heiko Klare, Bundesverband Mobile Beratung e.V.

2. Pandemieleugnung als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates

Seit diesem Frühjahr beobachten alle Verfassungsschutzbehörden eine neue Bestrebung – die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. Warum die Nachrichtendienste damit ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit bestimmte Teile des Pandemie-Leugner*innen-Milieus in den Fokus des Verfassungsschutzes geraten, soll in diesem Austauschforum erörtert werden.

Referent: Dr. Marc Brandstetter, Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg

3. HateTown – vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen

Die Polizeiakademie Niedersachsen und die Fachhochschule in der Akademie der Polizei Hamburg führen aktuell das Forschungsprojekt „HateTown – vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen“ durch. Hasskriminalität und vorurteilsgeleitete Taten betreffen nicht nur Individuen, sondern ganze Bevölkerungsgruppen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer belastbaren Datengrundlage zu Sichtweisen und Perspektiven von Betroffenen, auch was die Wahrnehmung der Polizei angeht. Vorgestellt werden sollen die wesentlichen Ziele und der aktuelle Stand der Studie.

Referent*innen: Prof. Dr. Eva Groß, Fachhochschule in der Akademie der Polizei Hamburg, und Prof. Dr. Joachim Häfele, Polizeiakademie Niedersachsen

4. Pädagogische Online-Praxis in der Distanzierungs- und Ausstiegsszusammenarbeit Rechts

Ansprache und pädagogischer Umgang mit (extrem) rechten Menschen müssen sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungen verändern – in der Zeit der Corona-Pandemie ist diese Notwendigkeit noch deutlicher zutage getreten: Der Nordverbund Ausstieg Rechts gibt Einblicke in neue Konzepte wie die Online-Beratung und bietet einen Diskussionsraum für pädagogische Maßnahmen im Online-Sozialraum.

Referent*innen: Nordverbund Ausstieg Rechts

5. Rechtsterrorismus, rassistische Gewalt und die Entwicklung der Opferberatungen

Allein in den letzten zwei Jahren starben zwölf Menschen bei rechtsterroristisch, rassistisch und antisemitisch motivierten Attentaten. Nach einem Kurzabriss der unterschiedlichen Phasen von Rechtsterrorismus und rechter Gewalt seit 1990 wird in diesem Austauschforum die Entwicklung der Unterstützungsangebote und unabhängigen Opferberatungsstellen in Ost- und Westdeutschland nachgezeichnet. Gemeinsam mit den Teilnehmenden sollen Bedarfe diskutiert werden, um Betroffene und ihre Angehörigen auch in Zukunft effektiv zu beraten und solidarisch und professionell zu begleiten.

Referentin: Heike Kleffner, Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

6. Vor Ort – Demokratie stärken durch kommunale Prävention

Welche Rolle kann ein kommunaler Präventionsrat in den Handlungsfeldern „Demokratie stärken“ und „Rechtsextremismus vorbeugen“ übernehmen? Am Beispiel des Präventionsrates Oldenburg (Niedersachsen) soll dies gezeigt werden. Vorgestellt werden sowohl einzelne Projekte als auch die Arbeitsweise. Die Bedeutung der Netzwerkbildung und die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements werden ebenfalls thematisiert.

Referentin: Melanie Blinzler, Präventionsrat Oldenburg

7. Demokratiepädagogischer Unterricht im Jugendstrafvollzug

Wie begegnen jugendliche Inhaftierte politischen Themen? Interessieren sie sich für Demokratie und ihre Möglichkeiten der Partizipation? Der demokratiepädagogische Unterricht „Misch mit!“ des Projekts „Kick-off“, durchgeführt von KAST und der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein (TGS-H), widmet sich diesen Fragen und verfolgt dabei einen präventiven Ansatz. Zentrales Thema dieses Austauschforums ist die politische Bildung in Haft unter Einbeziehung der Perspektive der Gefangenen. Erörtert werden soll, wie Demokratiepädagogik in diesem besonderen Arbeitsumfeld funktioniert und gelingen kann.

Referentin: Laura Adrian, KAST

8. Antisemitismus sichtbar machen – Dokumentationsstellen im Norden

Antisemitismus wird nur zum Teil in offiziellen Statistiken erfasst, viele Fälle werden gar nicht öffentlich bekannt. Um dieses Dunkelfeld besser auszuleuchten, sind in den letzten Jahren mehrere Melde- und Dokumentationsstellen im Norden entstanden, die antisemitische Vorfälle auch unterhalb der strafrechtlichen Relevanz erfassen. In diesem Austauschforum werden die Erfahrungen und Ergebnisse der Landesweiten Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein und anderer Meldestellen vorgestellt und Möglichkeiten einer effektiven Netzwerkarbeit diskutiert.

Referent: Joshua Vogel, Landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein (LIDA-SH)